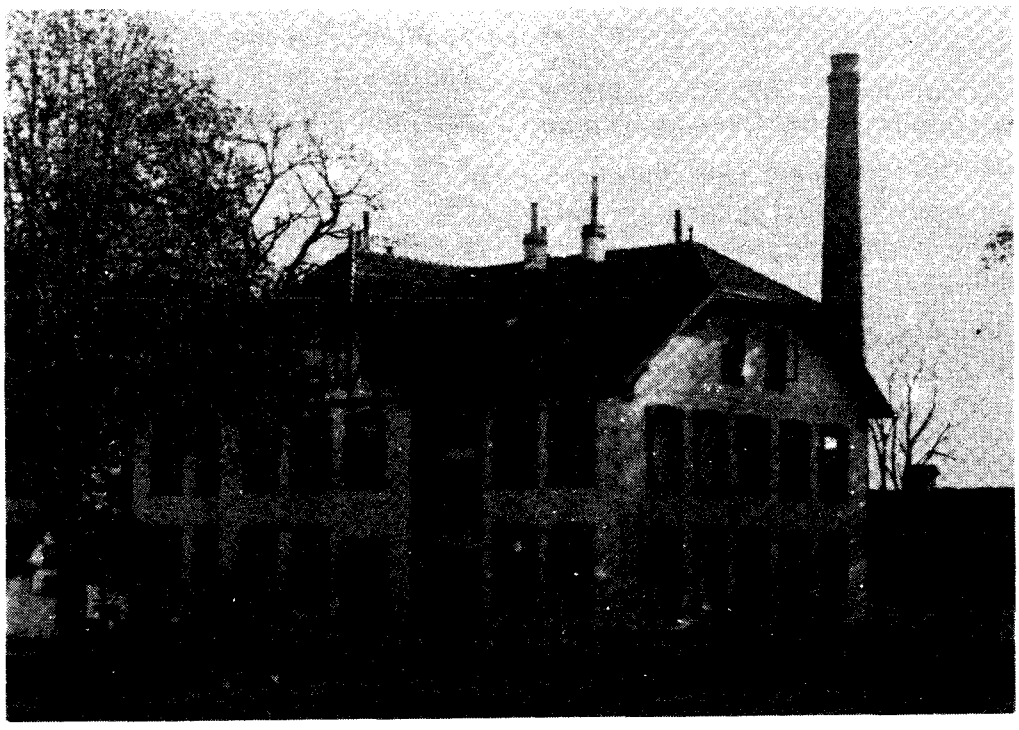
Neuwittenbeker Dorf-Getüster

10. Jhg. Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet Nr. 2
Unsere 51 te Ausgabe



ALTE MEIEREI WARLEBERG

Aus der Gemeindevertretung

Sitzung am 10. Juni 1987 in Levensau

Nur kurz war die Bürgerfragestunde. Auch kam keine Wortmeldung zum Thema Tennisanlage Altwittenbek. Darauf ging dann der Bürgermeister in seinem Bericht ein. Dieser Bericht fiel lang aus, weil auch der Berichtszeitraum über drei Monate umfaßte.

Der strittigste Punkte kam gleich zu Beginn der Tagesordnung. Es ging um Knickputzarbeiten an gemeindlichen Wegen durch die Gemeinde. (Zwei der Gemeindevertreter, beides Landwirte, fühlten sich befangen und verließen den Saal.) Diese Putzarbeiten obliegen dem jeweiligen Knickeigentümer, also den Landwirten. Klar wurde auch herausgestellt, daß dies keine öffentliche Aufgabe sei. Es besteht auch kein besonderer Anlaß, in diesem Bereich gemeindlich tätig zu werden. Allenfalls ein Landwirt kommt seinen Verpflichtungen nicht nach, den Knick so zu schneiden, daß die Verkehrssicherheit nicht gefährdet wird. Gleichwohl fand sich eine deutliche Mehrheit dafür, daß das Putzen künftig auf Kosten der Gemeinde erfolgen solle. Allein die SPD-Fraktion hielt dagegen; auch innerorts müßten die Grundstückseigentümer ihre Hecken selbst schneiden, um der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen. Dabei ist noch nicht einmal sichergestellt, ob überhaupt der bisherige Einsatz von Knickputzmaschinen noch zulässig ist;unklar ist insoweit ein ministerieller Erlaß. Eine aufklärende Antwort steht seitens der Unteren Landschaftspflegebehörde noch aus. Die Gemeindevertretung konnte sich noch nicht einmal zu dem Votum durchringen, dem manuellen Einsatz den Vorzug zu geben vor der maschinellen Knickpflege.

Schwer tat sich die Vertretung auch mit einer neuerlichen Genehmigung zum Kiesabbau. Im Wege der Eilentscheidung hatte der Bürgermeister bereits das Einvernehmen erteilt; ein positiver Beschluß seitens des Umweltausschusses lag vor. Das Abbaugebiet, das inzwischen bereits ausgebeutet wird, liegt zwischen dem Gehöft Stöben und Warleberg. Abgebaut werden sollen ca. 70.000 cbm. Bereits Mitte nächsten Jahres soll die Fläche wieder rekultiviert sein. Im Kerngebiet verbleibt dann ein Biotop; eine Wasserfläche von 3.000 qm, teilweise von einer Steilkante, restlich von einem neu anzulegenden Knick begrenzt.

Nun wird wieder an der Ecke Hauptstraße/ Dorfstraße gebaut werden. Der schon als Schildbürgerstreich bezeichnete, frühere Umbau wird wieder korrigiert. Jetzt soll ein ordnungsgemäßer Fußsteig geschaffen werden.

Drei Wegeausbauten finanziert die Gemeinde vor. Alle drei Maßnahmen gehören noch zur "Modellgemeinde Landschaftspflege". Nur hat das Land derzeit kein Geld mehr zur Verfügung, um die Arbeiten jetzt beginnen zu lassen. Deshalb tritt die Gemeinde in Vorlage; spätestens 1989 wird das Geld vom Land rückerstattet.

Und GEld hat die Gemeinde im Augenblick. Das ergab die Jahresrechnung 1986. Wesentlich geringer (als beabsichtigt) mußte die Rücklage in Anspruch genommen werden. Stand der Rücklage zum Jahreswechsel: über 300.000 DM. Damit war auch die Entlastungserteilung für den Bürgermeister naturgemäß nur noch eine Formsache.

Formsache war auch der Grundsatzbeschluß zur Bezuschussung von Jugendfahrten und Seniorenbetreuung. Ohne große Aussprache kam es zum einstimmigen Votum.

Impressum

Mit Namen oder Signum des Verfassers gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion dar. Diese behält sich vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können nicht abgedruckt werden.

Jahrgang 10

Herausgeber	:	SPD-Ortsverein Neuwittenbek
Redakteure	:	Georg Cassel Jochen Habeck (V.i.S.d.P.) Wilfried Johst Hannelore Pechmann Volker Weber
Anschrift	:	Bölskamp 29 a 2303 Neuwittenbek
Druck	:	Eigendruck
Auflage	:	400

Zur Landtagswahl:

UNSERE KANDIDATIN

Ute Erdsiek-Rave, 40 Jahre, verheiratet, 1 Kind 2300 Kronshagen, Volbehrstr. 32, Tel. 0431/589942

1947, im Jahr der ersten Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, wurde ich als Flüchtlingskind in Heide geboren. Ich wuchs in einer kinderreichen Familie auf, wir Mädchen mußten uns das Studium selbst verdienen. Das bedeutete auch: Erfahrungen an den unterschiedlichsten Arbeitsplätzen sammeln, vom Fließband bis zum Bildschirm.

Mit 21 Jahren trat ich in die SPD ein; meine Hoffnungen richteten sich wie die vieler meiner Generation auf Willy Brandt und die neue Politik der SPD.

Politische Erfahrungen anderer Art, die mich heute noch prägen, habe ich in Schweden gesammelt, wo ich drei Jahre gelebt und gearbeitet habe. Ich denke wir können vieles von dort lernen: von dem Versuch, die Werftenkrise zu überwinden, bis zur Bekämpfung der Jugenderbeitslosigkeit.

Seit zehn Jahren bin ich im Kreis Rendsburg-Eckernförde in der SPD aktiv. Zwei Schwerpunkte haben sich dabei in den letzten Jahren gebildet. Der erste, die Schul- und Kulturpolitik, (ich bin Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses im Kreitag) hat auch mit meinen beruflichen Erfahrungen als Lehrerin zu tun. Der zweite Schwerpunkt wurde die Frauenpolitik, besser: einer Politik für die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen unseres Lebens.

Für diese Ziel, für eine kinderfreundliche Schule, für die Jugendlichen, die Ausbildung und Arbeit brauchen, für eine offene Kulturpolitik, für die Interessen und Anligen der Menschen in diesem Kreis will ich mich im Landtag einsetzen.

Das Jahr 1947 ist für mich ein gutes Omen:

Die SPD gewann in meinem Geburtsjahr die Landtagswahl.

Mehr Mittel für die Extensivierung der Nutzung von Grünlandflächen

Ein Bericht von Jürgen Baasch

Erst kamen sie nur schleppend, jetzt sind überplanmäßige Ausgaben erforderlich: Die Anträge zur Förderung der Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung von Grünlandflächen. Mit Zustimmung der SPD wird der Kreistag die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 300.000,- DM genehmigen. Für die sozialdemokratische Kreistagsfraktion steht dabei der Naturschutzgedanke im Vordergrund.

Im Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen zu "Umweltproblemen der Landwirtschaft" steht, daß im Bundestag 1985 diskutiert wurde, ist eine Rangfolge der Belastung der Umwelt durch die Landwirtschaft aufgestellt. (Übrigens: Das Gutachten sagt auch, daß Landwirte viel Positives für die Umwelt, insbesondere die Erhaltung der Kulturlandschaft, der Bodenfruchtbarkeit, die Erschließung der Landwirtschaft zum Zwecke der Erholung oder die Anpflanzung von Knicks tun.)

Als schwerwiegenste von der Landwirtschaft verursachte Umweltbelastung nennt das Sondergutachten jedoch "den Rückgang von wildlebenden Pflanzen- und Tierarten, insbesondere durch Beeinträchtigung und Zerstörung ihrer Lebensstätten, ihres Lebensraumes". Verursacher ist die moderne Landwirtschaft insbesondere wegen der Größe der von ihr bewirtschafteten Flächen und der Bewirtschaftungsintensität. Der Flächenanteil naturnaher Biotope ist in intensiv genutzten Agrarlandschaften extrem gesunken. Um hier einzugreifen, Umwelt- und Naturschutzgedanken umsetzbar zu machen, ist es sinnvoll, Flächen aus der Nutzung herauszunehmen oder sie extensiv zu nutzen. Deshalb ist die SPD-Kreistagsfraktion für Ausgleichszahlungen an Landwirte, die Grünland-flächen extensiv nutzen wollen. Der Naturschutz-gedanke steht also im Vordergrund! Daß die Überschüsse aus der landwirtschaftlichen Produktion nicht mehr ganz so groß sind, kann nur ein begrüßenswerter Nebeneffekt sein. Und weil die Landwirte hierüber aufgeklärt, informiert

werden müssen, fordert die SPD-Kreistagsfraktion, daß den Landwirten das Geld nicht schlankweg und ohne Kontrolle gegeben werden soll. Es müssen vielmehr Beratungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Dem Naturschutzgedanken muß bestmöglichst Wirkung verschafft werden. Das kann nach Ansicht der SPD-Kreistagsfraktion nur durch eine umfangreiche Information und Beratung erfolgen.

KIESABBAU

Die Laster rollen wieder

Nun donnern sie wieder durchs Dorf: die schweren Kieslastzüge der Fa. H. & P. Stamer. Obwohl die"Beratung und Beschlußfassung über die Einvernehmenserteilung" erst am 10. Juni auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung steht, ist ein weiteres Kiesabbaugebiet bereits in Angriff genommen worden. Auf dem Grundstück Buchenau, zwischen Neuwittenbek und Warleberg, sollen in den nächsten Monaten 70 000 cbm Kies abgebaut werden. Sie sind für den Ausbau des Holstein-Kreisels in Kiel bestimmt.
Das bedeutet, daß in diesem Sommer wieder einige Tausend Lkw zusätzlich durch den Ort fahren werden; und den Anwohnern der Hauptstraße und der Altwittenbeker Straße wird der Aufenthalt auf der Terrasse und im Garten gerade in der so kurzen schönen Jahreszeit wieder einmal gehörig vermiest.

Aber Bürgermeister Carstensen hat seine Meinung zum Kiesabbau am 25. Mai bei der Anhörung über den geplanten Flächennutzungsplan ja öffentlich kundgetan. Er könne es nicht verantworten, erklärte er, den Grundstückseigentümern die Möglichkeit zu nehmen, weiter Kies zu verkaufen. Das bedeute ja, nach dem "Sankt-Florians-Prinzip" den Kiesabbau in andere Gemeinden zu verdrängen. Und außerdem hätten die Anwohner der Hauptstraße ja selbst schuld; sie hätten ja wissen müssen, was an Belästigungen auf sie zukommen könnte, als sie an einer Landesstraße gebaut haben.

VOR 100 JAHREN

Am 3. Juni 1887 wurde in Holtenau von Kaiser Wilhelm I der Grundstein für den Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, des jetzigen Nord-Ostsee-Kanals, gelegt. Er hieß während der Planung übrigens schon einmal Nord-Ostsee-Kanal und erst nach der Grundsteinlegung durch den Kaiser erhielt er den Namen Kaiser-Wilhelm-Kanal. Im internationalen Schiffsverkehr wird er nur als Kiel-Canal bezeichnet.
Durch den Bau des Kanals hat sich auch für das damalige Neuwittenbek viel verändert. Nicht nur, daß sich durch den neuen Kanal die Gemeindegrenze verschoben hat - Neuwittenbek bekam einige Ländereien hinzu - sondern besonders die Riesenbaustelle und die große Zahl fremder Bauarbeiter, die teilweise im Dorf einquartiert waren, brachte viel Unruhe mit sich.
Auf Neuwittenbeker Gebiet begannen die Bauarbeiten erst im Januar 1890.

VOR 111 JAHREN

Im Kreisblatt des Kreises Eckernförde vom 24. Mai 1876 wurde folgnde amtliche Bekanntmachung veröffentlicht:
Seine Majestät der Kaiser und König haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 29. Mai d. J. die Bildung der folgenden 24 Landgemeindebezirke und 8 selbständigen Gutsbezirke im Kreis Eckernförde zu genehmigen geruht:

Und darunter war auch der Gemeindebezirk Neu-Wittenbeck (damals tatsächlich so geschrieben) mit dem Bestandtheil:
Dorf Neu-Wittenbeck mit Charlottenhof und mit Einschluß der im Dorfe belegenen gutsherrlichen Stellen.

Mit diesem Erlaß wurde die Gemeinde Neuwittenbek gegründet. Die Ortsteile Warleberg, Eckholz und Landwehr kamen erst 1928, nach der Auflösung der selbständigen Gutsbezirke, dazu.

Aus unserem Ortsverein

Der Rücktritt Willy Brandts - die Wahlausgänge in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg - Kritik an der Bundesregierung wegen ihrer Haltung in der Abrüstungsfrage:

auf der letzten OV-Sitzung vor der Sommerpause hat die SPD in Neuwittenbek auch die 'große' Politik im Auge.

Die Querelen in der Bundespartei, die letztlich zum Rücktritt Brandts geführt hätten, könnten nicht gutgeheißen werden, betonte der OV-Vorsitzende Jochen Habeck.

Bedauern über den Wahlausgang in Hessen, Zuversicht nach dem Ergebnis in Rheinland-Pfalz, Aufatmen nach Hamburg: das alles zusammen rechtfertigt, mit Hoffnung auf die Entscheidung in Schleswig-Holstein hinzuarbeiten, wo am 13. September nun endlich die CDU nach 37 Jahren von der Regierungsverantwortung abgelöst werden soll!

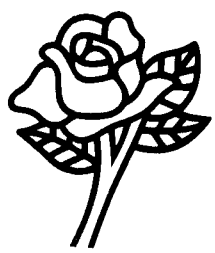
Der Ortsverein beschloß eine Reihe von Aktionen im Vorfeld der Wahl. Daran beteiligen wird sich u.a. auch UTE ERDSIECK-RAVE, die MdL-Kandidatin für den Kreis Rendsburg-Eckernförde.

Einmütig unterschrieben die Mitglieder des SPD-Ortsvereins einen 'Appell an die Vernunft der Bundesregierung'. Darin wird das Kabinett Kohl aufgefordert, einer Null-Lösung bei der nuklearen Abrüstung nicht länger im Weg zu stehen:

'Wenn sich Amerika und die Sowjetunion ernsthaft über den Abbau von Atomwaffen unterhalten, dann kann sich die Bonner Regierung unmöglich widersetzen. Immerhin hat die Bundesregierung über Jahre einen Schritt zur Vernichtung atomarer Waffen in Ost und West gefordert', ist man sich bei der SPD in Neuwittenbek einig!

Berichte aus Fraktion und Redaktion des 'Dorfgeflüsters' rundeten eine Mitgliederversammlung ab, die eines ganz deutlich machte: die SPD in Neuwittenbek fühlt sich verpflichtet und ist bereit, die täglichen Herausforderungen durch die Politik anzunehmen, zum Wohle und im Interesse der Bürger!

SPD



Immer am Ball

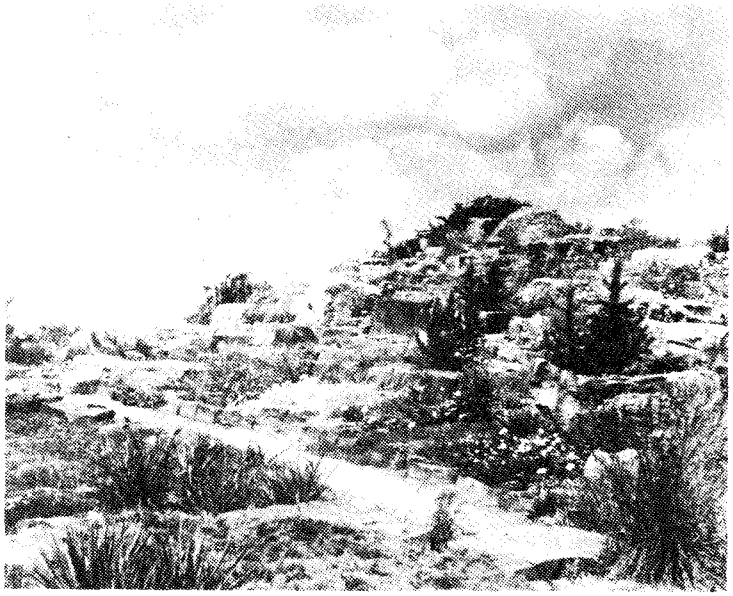
Eigentlich schien nach dem letzten Handballspiel der 2. Kreisklasse der Damen für die Mannschaft des TSV Neuwittenbek alles klar. Der befürchtete Abstieg war dank eines ausgesprochen guten Torverhältnisses verhindert worden, jede Spielerin stellte sich auf ein etwas geruhsameres Training ein, als deutlich wurde, daß das Torverhältnis bei gleicher Punktzahl nicht zählt. Dies hatte zur Folge, daß am 17.Mai eine Entscheidungsrunde über den Abstieg entscheiden mußte. Der TSV, KTB und Vorwärts hatten nach der "normalen" Punktspielrunde ein gleiches Punktekonto. In Turnierform wurde darüber entschieden, welche der drei Mannschaften neben Dänischenhagen noch in die 3. Kreisklasse "abrutschen" sollte. Nach dem Motto "den Letzten beißen die Hunde" spielte jeder gegen jeden und der Letzte der daraus resultierenden Tabelle mußte sich "beißen lassen" und absteigen. Durch zwei Niederlagen des KTB in den ersten beiden Spielen stand dies schon vorzeitig fest. Das abschließende Spiel des TSV gegen Vorwärts war somit bedeutungslos geworden, aber auch dieses Spiel wurde von Neuwittenbek gewonnen, sodaß der TSV Erster, Vorwärts Zweiter und der KTB Dritter in diesem Turnier wurden

Nach diesem nicht gerade glücklichen Saisonverlauf und dem spannenden Abschluß hoffen jetzt alle Spielerinnen auf eine bessere nächste Spielzeit. Besonders erfreulich wäre auch, wenn sich dann bei Heimspielen der Mannschaft des TSV auch einige Neuwittenbeker Zuschauer in der Gettorfer Sporthalle einfänden und die Zuschauerzahlen der Gastmannschaften nicht immer überwiegen.

Wohin am Wochenende?

Botanischer Garten der Universität Kiel

Vor zwei Jahren hat ganz in unserer Nähe - nur 10 Autominuten entfernt, und auch gut mit dem Fahrrad zu erreichen - eine der schönsten Sehenswürdigkeiten Kiels, der Botanische Garten der Universität, seine Tore geöffnet. Nach siebenjähriger Aufbauzeit ist dort ein Ausflugsziel entstanden, das bei jedem Wetter und zu fast jeder Jahreszeit den Besuch lohnt.



Der Hauptblickpunkt und die größte Attraktion ist wohl das Alpinum. Aus 20 000 cbm Erde und Felsen ist ein künstliches Gebirge errichtet worden, auf dem jetzt ca. 3 000 Pflanzenarten aus den Gebirgen Europas, Asiens und Amerikas wachsen. Genauso sehenswert sind auch die anderen künstlich angelegten Biotope wie Düne mit Salzwiese, Heide, Erlenbruch, Teiche, Moor, Feuchtwiese und Trockenrasen. Aber auch die verschiedenen Gartenblumen wie Rosen, Stauden, Sträucher und einjährige Blumen sind in großer Auswahl angepflanzt. Insgesamt werden ca. 8 000 verschiedene Pflanzenarten kultiviert.

Aus dem alten Botanischen Garten am Düsternbrooker Weg konnte der schöne alte Baumbestand ja nicht umgepflanzt werden, aber die berühmten Pflanzensammlungen aus den Gewächshäusern haben den Umzug sehr gut überstanden und gedeihen in den neuen, größeren Glashäusern noch besser als vorher.

Es gibt nach Temperatur und Luftfeuchtigkeit unterschiedliche Gewächshäuser, in denen z.B. das Klima der Mittelmeerländer, der Subtropen, des tropischen Regenwaldes oder der Trockenwüsten simuliert wird, so daß sich Kakteen, Orchideen usw. wie zuhause fühlen.

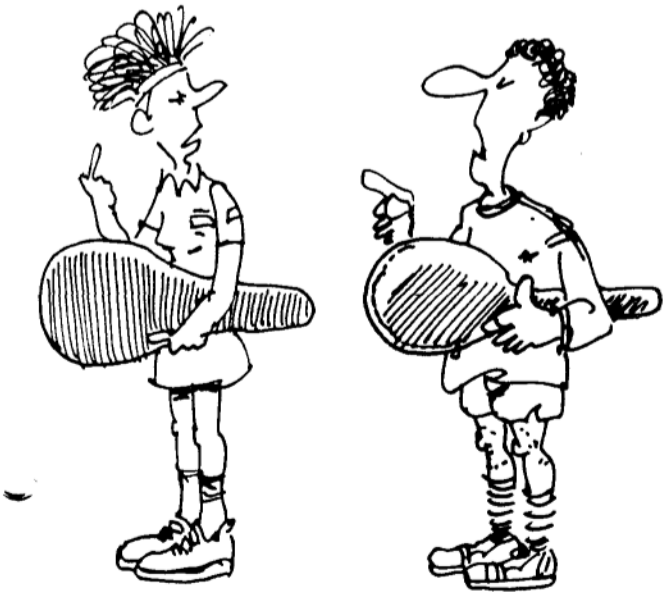
Der Botanische Garten liegt neben dem Biologiezentrum der Universität in der Olshausenstraße/Leibnizstraße.

Das Freiland ist in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober täglich von 9^{00} - 18^{00} Uhr geöffnet. Die Gewächshäuser können ebenfalls vom 1. April bis 31. Oktober täglich von 9^{30} - 11^{30} Uhr und 14^{00} - 17^{30} Uhr besichtigt werden.

Und noch etwas sehr Positives zum Schluß : Der Eintritt ist kostenlos !

Das Urteil:
aus für Altwittenbeker Tennisverein

Hoffnungsfroh feierte der TC Altwittenbek noch vor wenigen Monaten sein 10-jähriges Bestehen. Jetzt herrscht im Vereinsheim Betroffenheit vor.
Anlaß ist die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg. Durch Urteil wurde die Baugenehmigung für die Tennisanlage aufgehoben. Sobald das Urteil schriftlich vorliegt, ist jeglicher Spielbetrieb untersagt.
Weshalb die Entscheidung derart ausfiel, weiß vor Ort derzeit noch keiner. Gerüchteweise hieß es, es habe an Formfehlern im Genehmigungsverfahren gelegen. Richtiger dürfte jedoch sein, daß die baulichen Voraussetzungen für den Lärmschutz nicht ausreichten.



Alle bisherigen Stellungnahmen der Betroffenen zeigen Unverständnis für die Entscheidung; der Bürgermeister sprach z. B. von einem Schlag ins Gesicht. Auch bei der Neuwittenbeker SPD-Fraktion, deren kritische Haltung zu diesem Projekt bekannt ist, kommt keine "klammheimliche Freude auf"; zu viele Steuergelder seien in die Anlage geflossen, um sie jetzt als Ruine verkommen zu lassen.

Ob hier überhaupt noch einmal Tennis gespielt werden kann, ist zweifelhaft. Zu hoch sollten jedenfalls die Hoffnungen nicht angesetzt werden. So ist auch die Revision gegen dieses Berufungsurteil aus Lüneburg nicht zugelassen worden. Wie überhaupt noch eine Lösung gefunden werden kann, soll von den Beteiligten erst entschieden werden, wenn die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt.

Mütter und das „Babyjahr"

[redacted]

Kindererziehungszeiten

Die Frauen, die zwischen 1921 und 1926 geboren sind sollten sich in diesem Jahr um die Anerkennung der Kindererziehungszeiten bemühen. Hierbei wendet man sich an seine jeweilige Rentenversicherung, Angestelltenversicherung oder an eine Krankenkasse.
Eine andere Möglichkeit bietet das Amt in Gettorf. Bis auf weiteres hält die Auskunfts- und Beratungsstelle der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein an jedem zweiten Mittwoch in den Monaten

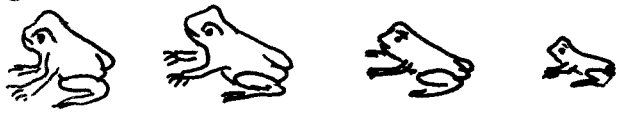
Juli am 08.07.1987
September am 09.09.1987
November am 11.11.1987

jeweils in der Zeit von 9.00-12.00 einen Sondersprechtag im gemeinsamen Verwaltungsgebäude in Gettorf, Karl-Kolbe-Platz ab. Hier kann man sich ausgiebig - nicht nur zur Erziehungsgeld - beraten lassen.

KRÖTENWANDERUNG

Bericht der Krötentransporteure

Für so manchen Autofahrer ist er im Frühjahr nichts ungewöhnliches mehr: Der Krötenzaun in Landwehr am Warleberger Wald gegenüber der Gaststätte Pieper. Es ist nun das 4 Jahr, daß Hans-Georg Güttler und Peter Reimer mit ihren Familien und Freunden aus Schinkel diesen Krötenzaun errichteten.
Allerdings verzögerte sich dieses Jahr die Aufstellung durch den anhaltenden Frost. Es gelang den Naturschützern nicht, Pflöcke in die Erde zu schlagen, oder die Eimer einzugraben. Die Eimer müssen alle 15 Meter entlang des Zaunes ebenerdig eingegraben werden, damit die Kröten hineinfallen. Dann werden sie mehrmals täglich von Helfern über die Strasse gebracht. Die Verzögerung hatte zur Folge, daß plötzlich ansteigende Temperaturen und einsetzender warmer Regen in der Nacht zum 26.3 eine Krötenwanderung in Gang setzte. Bis zur Installation des Zaunes am dann folgenden Samstag mußten 30 bis 40 Kröten ihr Leben lassen.
In der dritten Woche mußten die "Krötentransporteure" auch schon auf der anderen Seite des Zaunes gelegentlich Kröten auflesen. Diese hatten schon abgelaicht, und waren nun bereits auf der Rückwanderung, die ihnen nach erfolgreicher Strassenüberquerung durch den Zaun vereitelt wurde.
Wie H.-G. Güttler mitteilte, ist ein Zaun zum Schutz der zurückkehrenden Tiere nicht erforderlich, da diese nur vereinzelt zurückkehren. Im Gegensatz dazu laufen sie bei der Hinwanderung fast alle zeitgleich los.
Als nach 4 Wochen der Zaun wieder entfernt wurde, hatten die Naturschützer über 900 Kröten sicher auf die andere Strassenseite getragen. Diese Zahl liegt im Trend: In den vergangenen Jahren waren es immer sage und schreibe zwischen 800 und 1100 Tiere, die vor dem eventuellen Überfahren gerettet wurden.



Notizen für Verbraucher...

CHEMIE im HAUSHALT

Liebe Leser, in der vorherigen Ausgabe haben wir das Reinigungsmittel DOMESTOS als Formaldehydfrei vorgestellt. Allerdings darf dieses nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Reiniger antibakteriell wirksam ist.
Gerade in der aufkommenden Diskussion über die geplante Ortsentwässerung ist diese Eigenschaft des agressiven Reinigers wichtig. Denn eine Kläranlage, egal ob Zentral- oder Hauskläranlage, arbeitet biologisch, d. h. mit Bakterien. DOMESTOS aber tötet diese Bakterien, und kann, wenn in größeren Mengen verwendet, die Funktion einer Kläranlage zerstören.

STICHWORT: TREIBGAS

Die Ozonschicht, die uns vor den gefährlichen UV-Strahlen schützt, hat ein Loch. Seit Jahren beobachten Wissenschaftler über beiden Polen eine Verdünnung der Ozonschicht. Sollten sich diese Löcher vergrößern, so wären Klimaveränderungen und ein vermehrtes Auftreten von Hautkrebs zu befürchten.
Schuld an der Zerstörung der Ozonschicht haben, so vermutet die Wissenschaft, die unter anderem als Treibmittel in Spraydosen verwendeten Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe. Die USA reagierte bereits 1979 mit einem Produktionsverbot dieses Treibgases. Die EG setzte auf die freiwillige Beschränkung der Industrie. Bislang sind die Sprays noch im Handel.
In diesen Tagen verlautete allerdings aus Industriekreisen, daß ab 1990 keine Sprays mit diesem Treibmittel mehr hergestellt werden sollen, in 3 Jahren also erst.
Wir als Verbraucher können aber schon seit einiger Zeit reagieren: z. B. mechanische Zerstäuber, oder Zweikammerdosen mit umweltverträglichem Treibmittel verwenden.
Abschließend noch ein alltägliches Beispiel: Derjenige, der seinen Backofen sofort reinigt, der benötigt auch später kein Backofenspray.

OAR der NGD

Hinter diesem Kürzel versteckt sich keine "kriminelle Vereinigung". Im Gegenteil!
OAR heißt: Organische-Abfall-Rückgewinnung. NGD ist die Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie (als Träger der Maßnahme).
In Teilen Altwittenbeks war diese Projekt - versehentlich (!) - per Flugblatt vorgestellt worden. Irrig nahm man an, Altwittenbek sei noch immer Teil der Gemeinde Felm. Denn in Felm (und anderen Orten) wird modellhaft die OAR durchgeführt.
Ziel ist aufzuzeigen, daß Abfallverwertung auch ökonomisch (und ökologisch) betrieben werden kann.Organischer Hausabfall (Kaffeesatz, Gemüse-reste, Eierschalen, usw.) wird gesondert eingesammelt, im großen Stile kompostiert und anschließend als Komposterde wieder verkauft.
Neuwittenbek verfolge mit Interesse dieses Modellvorhaben, erklärte uns Umweltausschußvorsitzender Brandenburg; ein Vertreter der OAR habe das Projekt auch schon im zuständigen Ausschuß erläutert.

AKTION FERIENSPASS

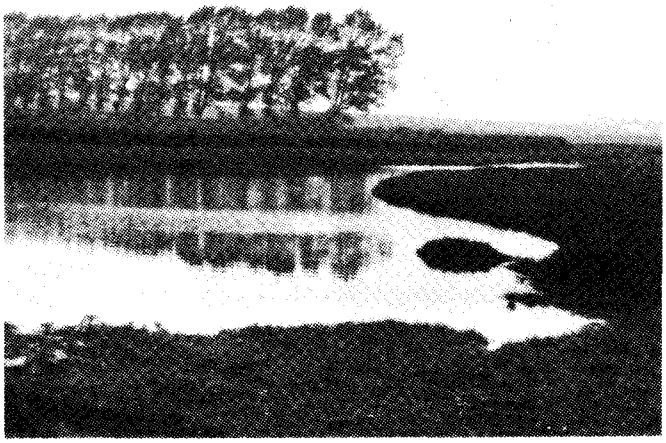
Wieder ist ein Jahr vergangen und wieder einmal "kommt" die Aktion Ferienspaß von der Arbeiterwohlfahrt Gettorf und Umgebung. Die Aktion Ferienspaß soll den 8 - 12jährigen Kindern, die in diesem Jahr keine Ferienreise machen können, Interessantes und vielleicht auch "Abenteuerliches" bieten. Es werden insgesamt zwei Programmwochen angeboten: 28. Juni - 4. Juli und 19. Juli - 25. Juli 1987.

Die genauen Programmpunkte werden - wie immer - rechtzeitig über Aushänge und über die hiesige Tagespresse bekanntgegeben.
Aber soviel sei schon einmal "verraten":
Es werden zwei Tages-Busfahrten dabei sein; Nachtwanderungen und Fahrradtouren gehören selbstverständlich auch dazu.
Also, ihr lieben 8 - 12jährigen - aufgepaßt und rechtzeitig angemeldet! Für Spaß garantieren wir, gute Laune müßt ihr mitbringen.

Förderverein ... mach mit !

In Sachen Naturschutz und Landschaftspflege kommt seitens der Gemeinde eine Anregung. Hierauf wies der Bürgermeister am Umwelttag hin; bei der letzten Gemeinderatssitzung wiederholte er dies.

Das Projekt "Modellgemeinde Landschaftspflege" ist abgeschlossen. Eine Vielzahl von Biotopen wurde in diesem Zeitraum geschaffen. "Aus Sicht der Gemeinde ist es wünschenswert, den in diesen letzten Jahren eingeschlagenen Weg fortzusetzen." Dies gilt sowohl für die Unterhaltung des Geschaffenen, wie auch für die Neuanlage von Biotopen.



Seitens des Bürgermeisters fiel hierzu das Stichwort "Förderverein". Möglich wäre aber auch der Zusammenschluß in sog. Patenschaftsgruppen (für einzelne Biotope). "Organisatorisch gäbe es also verschiedene Möglichkeiten; das sollte aber nicht das Entscheidende sein", heißt es in dem Rundbrief des Bürgermeisters; "Als Gemeinde wollen wir auch keine Vorgaben machen; wir wollen nur anregen, daß sich Interessierte zusammenfinden."

Und eben diese Interessierten bat der Bürgermeister, sich bei ihm zu melden. Bei entsprechender Resonanz wird es nach der Sommerpause ein erstes Treffen geben.

Unsere Leser schreiben... Unsere Leser schreiben..

Mit großem Erstaunen habe ich in der 50.Ausgabe des NDG Ihren Unmut über das Aufstellen von Bruthilfen in Gewässern der Gemeinde zur Kenntnis genommen.
Ich glaube, aufgrund meiner langjährigen Erfahrung, hierzu etwas richtig stellen zu müssen.
Seit über 12 Jahren bewirtschafteich mehrere Teiche mit Bruthilfen ähnlicher Art, mit dem Ergebnis, daß mindestens 6 Vogelarten darin brüten, davon teilweise solche, die auf der Roten Liste stehen, also nicht nur Stockenten, welche Ihrer Meinung nach keiner Bruthilfenunterstützung bedürfen. Hierzu sei angemerkt, daß ohne Schutz in unserer Kulturlandschaft bis zu 80 % der Entengelege durch vielerlei Einflüsse (Ratten, Fuchs, Krähen, Hund, Katze sowie kulturbau) jährlich verloren gehen. Nicht zuletzt hat durch Bruthilfen in von Jägern geschaffenen Biotopen die Stockente eine besonders erfreuliche Besatzentwicklung genommen. Die Stockente dient ganz besonders den oft so beklagten Greifvögeln sowie den Haarraubwildarten als Nahrungsquelle in den Wintermonaten. Wer mit offenen Augen die Natur beobachtet, konnte in der zurückliegenden Notzeit häufig Zeuge davon werden.
Die in dem Artikel angeführte Befürchtung, die Stockenten würden zum weiteren Aussterben der bedrohten Frösche beitragen, beinhaltet das Pferd vom Schwanze her aufzuzäumen. Sorgen Sie in Ihren Teichen für sauberes, unbelastetes Wasser mit Verlandungszonen, dann werden Sie wieder Frösche und andere Amphibien haben.
In dem von mir betreuten Gebiet, wo viele Bruthilfen und noch mehr Enten vorkommen, ist die Frosch-und Krötenpopulation so zahlreich, daß ich sogar eigens dafür Leitzäune errichtet habe (für viele tausend Mark) um ein Massensterben während der Laichwandreungen auf der Straße zu verhindern. Es ist übrigens eine Musteranlage für Schleswig-Holstein. Dem Naturschutz ist viel mehr geholfen, mit gemeinsamer Kraftanstrengung aller Interessierten zusammenzuarbeiten, als sich gegenseitig zu disqualifizieren. Hiermit bleibt die dörfliche Gemeinschaft auf der Strecke.

J.Eckardt, Revieroberjäger
Schwedeneck

Die im Artikel "Entenhäuser unerwünscht" dargestellten Bedenken gegen die Aufstellung von Entenhäusern werden von uns voll geteilt.
1. Ist die Stockente in ihrem Bestand nichtgefährdet, in Gewässern in Siedlungsbereichen erreicht die Bestandsdichte insbesondere durch die Fütterung vielmehr solche Ausmaße, daß sich Seuchen epidemieartig ausbreiten können und wegen fehlender Selektion Degenerationen zu verzeichnen sind.
2. können Enten in neuangelegten Stillgewässern,durch das Gründeln das Aufwachsen einer ausreichenden Unterwasservegetation im ufernahen Bereich verhindern oder erschweren.
3. Fressen Enten in erheblichem Umfang Amphibienlaich und können damit die Amphibienpopulation zerstören, wenn keine den Laich schützende Randvegetation vorhanden das Gewässer zu flach oder nicht vielfältig genung angelegt ist.
Da nahezu jedes Gewässer von Enten angenommen wird (selbst Gartenteiche), wenn auch manches nur als Nahrungsbiotop, sollte insbesondere in den ersten Jahren nach Anlage eines Gewässere keine Ansiedlungshilfe erfolgen.
4. Verschlechtern Enten die Wasserqualität abflußloser Stillgewässer durch ihren Kot, über den Stickstoff- und Phosphorverbindungen eingetragen werden und der sauerstoffzehrend wirkt.

Nun wird manchmal zugunsten von Entenbruthilfen vorgetragen, daß hier gelegentlich auch andere gefährdete Vogelarten brüten. Dies ist jedoch die Ausnahme. Bruthilfen und eventuelle Fütterung, z.B. mit Kaff, führen zu einer Verschiebung des Artenspektrums zugunsten der Entenvögel. Ein Phänomen, welches wir auch bei der Winterfütterung und dem Nisthilfenangebot in Gärten beobachten, wo die Blaumeise zunehmend durch die Kohlmeise verdrängt wird.
Durch die Monotonisierung der Landschaft und dem Rückgang geeigneter Nistplätze kommt es auch zu Gelegeverlusten, was grundsätzlich alle Vögel betrifft. Statt jedoch durch Einzelmaßnahmen einzelnen, nicht gefährdeten Arten einseitig zu helfen (z.B. durch Entenbruthilfen), sollte man allgemein durch eine Renaturierung von Teillandschaften die Artenvielfalt insgesamt erhöhen um auch seltene Arten mitzufördern.

Gegen wildernde Hunde und Katzen müßte viel konsequenter vorgegangen werden, denn diese gefährden nicht nur Entenvögel, sondern auch viele andere Tiere. Eine Sonderbehandlung der Entenvögel ist auch angesichts dieses Problems nicht einzusehen.

W.-D. Glanz, Kiel
Umweltbüro der SPD Schleswig-Holsteins

...

Die in den beiden Leserbriefen von Herrn Prof. Dr. Herbert Weise und Herrn Dr. Martens zum Ausdruck gebrachten Gedanken sind für Aussenstehende , insbesondere hinsichtlich der sportlichen und gesellschaftlichen Aspekte.in sich scheinbar logisch und schlüssig.Die Briefe erwecken aber auch den Anschein der Beschönigung , Beschwichtigung und Rechtfertigung der vollendeten Tatsache:Tennisanlage Altwittenbek . Meines Erachtens sind die Briefe daher ein Versuch, erneut den Boden zu düngen, damit das Gras der Vergessenheit weiter wachsen kann. ...

Walter Selle, Felm

Altwittenbek,27.03.1987

Zu dem Beitrag von Herrn Prof.Weise im "Neuwittenbeker Dorfgeflüster" (Nr. 1/87) möchte ich wie folgt Stellung nehmen:
Herr Prof. Dr. Weise geht auf die vom Oberverwaltungsgericht verfügte zeitliche Einschränkung der Tennisanlage ein und schreibt: "Finanziell kommt das m.E. einer nachträglichen Verschwendung kommunaler Ressourcen gleich".
Da meine Frau und ich keinen Zweifel daran gelassen haben, daß wir alle Rechtsmittel ausschöpfen werden, waren Tennisclub und Gemeinde gewarnt, und zwar schon lange vor Baubeginn der Anlage.Nicht weniger deutlich haben die Richter gewarnt, und zwar ebenfalls von Anfang an: " .....allerdings baut die Bauherrin einer angefochtenen Baugenehmigung auf eigenes Risiko weiter, falls im Rechtsmittelverfahren oder im Hauptverfahren doch noch eine andere Entscheidung ergehen sollte. "(Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts vom 29.01.1982, Seite 1).Ende Jnuar 1982 waren erst einige Tiefbauarbeiten in Angriff genommen worden. Die Bauherrin (Gemeinde Felm) hätte somit eine Pause einlegen und die gerichtlichen Entscheidungen abwarten sollen.

Es ist infolgedessen nicht gerechtfertigt, den Richtern in dieser Angelegenheit den Vorwurf zu machen, sie würden einer Verschwendung von Steuergeldern Vorschub leisten.

H. Unger

Anm. d. Red. : Hiermit meinten wir die Leserreaktionen zum Thema Tennisplatz abschließen zu können. Aufgrund des inzwischen vorliegenden Urteils ist darüberhinaus eine neue Situation geschaffen worden.

Umwelttag in Neuwittenbek

Im Veranstaltungskalender der Pressestelle der Landesregierung zum Landesumwelttag hieß es unter dem Stichwort Neuwittenbek:

"1. Darstellungen und Erläuterungen zur "Modellgemeinde Landschaftspflege" durch das ALW Kiel und die Gemeinde in der Gastwirtschaft Pieper
2. Darstellung der Arbeit der in der Gemeinde Neuwittenbek tätigen Jäger, Vogelbeobachter und Amphibienschützer
3. Enthüllung eines Gedenksteines für die "Modellgemeinde Landschaftspflege" mit dem Pflanzen einer Eiche
4. Besichtigung von im Rahmen der "Modellgemeinde Landschaftspflege" durchgeführten Einzelmaßnahmen
5. Gemeinsames Erbsensuppenessen in der Gastwirtschaft Pieper"

Diese Zusammenfassung umreißt das Programm richtig und gut. Bliebe nur noch darauf hinzuweisen, daß sich auch der Besuch gelohnt hat; Informationen flossen reichlich und verständlich.
Auch hatten über 60 Personen an dieser Veranstaltung teilgenommen. Doch diese Zahl trügt; bei Abzug der direkt Geladenen (Landtagsabgeordnete, Amtsvorsteher, ALW-Vertreter) und der Beteiligten (Landwirte, Gemeindevertreter) verblieben nur wenige "normale Bürger", die einfach nur Interesse an der Umwelt haben oder wissen wollten, was eigentlich mit den Steuergeldern geschaffen wurde. Sicher, es kann auch am gewählten Zeitpunkt gelegen haben, das lange Pfingstwochenende stand bevor. Schade, die Veranstaltung hätte eigentlich noch mehr Zuspruch verdient.

Mach mit:

Kein Gift im Müll

Unsere Leser schreiben... Unsere Leser schreiben..

Mit großem Erstaunen habe ich in der 50.Ausgabe des NDG Ihren Unmut über das Aufstellen von Bruthilfen in Gewässern der Gemeinde zur Kenntnis genommen.
Ich glaube, aufgrund meiner langjährigen Erfahrung, hierzu etwas richtig stellen zu müssen.
Seit über 12 Jahren bewirtschafteich mehrere Teiche mit Bruthilfen ähnlicher Art, mit dem Ergebnis, daß mindestens 6 Vogelarten darin brüten, davon teilweise solche, die auf der Roten Liste stehen, also nicht nur Stockenten, welche Ihrer Meinung nach keiner Bruthilfenunterstützung bedürfen. Hierzu sei angemerkt, daß ohne Schutz in unserer Kulturlandschaft bis zu 80 % der Entengelege durch vielerlei Einflüsse (Ratten, Fuchs, Krähen, Hund, Katze sowie kulturbau) jährlich verloren gehen. Nicht zuletzt hat durch Bruthilfen in von Jägern geschaffenen Biotopen die Stockente eine besonders erfreuliche Besatzentwicklung genommen. Die Stockente dient ganz besonders den oft so beklagten Greifvögeln sowie den Haarraubwildarten als Nahrungsquelle in den Wintermonaten. Wer mit offenen Augen die Natur beobachtet, konnte in der zurückliegenden Notzeit häufig Zeuge davon werden.
Die in dem Artikel angeführte Befürchtung, die Stockenten würden zum weiteren Aussterben der bedrohten Frösche beitragen, beinhaltet das Pferd vom Schwanze her aufzuzäumen. Sorgen Sie in Ihren Teichen für sauberes, unbelastetes Wasser mit Verlandungszonen, dann werden Sie wieder Frösche und andere Amphibien haben.
In dem von mir betreuten Gebiet, wo viele Bruthilfen und noch mehr Enten vorkommen, ist die Frosch-und Krötenpopulation so zahlreich, daß ich sogar eigens dafür Leitzäune errichtet habe (für viele tausend Mark) um ein Massensterben während der Laichwandreungen auf der Straße zu verhindern. Es ist übrigens eine Musteranlage für Schleswig-Holstein. Dem Naturschutz ist viel mehr geholfen, mit gemeinsamer Kraftanstrengung aller Interessierten zusammenzuarbeiten, als sich gegenseitig zu disqualifizieren. Hiermit bleibt die dörfliche Gemeinschaft auf der Strecke.

J.Eckardt, Revieroberjäger
Schwedeneck

Die im Artikel "Entenhäuser unerwünscht" dargestellten Bedenken gegen die Aufstellung von Entenhäusern werden von uns voll geteilt.
1. Ist die Stockente in ihrem Bestand nichtgefährdet, in Gewässern in Siedlungsbereichen erreicht die Bestandsdichte insbesondere durch die Fütterung vielmehr solche Ausmaße, daß sich Seuchen epidemieartig ausbreiten können und wegen fehlender Selektion Degenerationen zu verzeichnen sind.
2. können Enten in neuangelegten Stillgewässern,durch das Gründeln das Aufwachsen einer ausreichenden Unterwasservegetation im ufernahen Bereich verhindern oder erschweren.
3. Fressen Enten in erheblichem Umfang Amphibienlaich und können damit die Amphibienpopulation zerstören, wenn keine den Laich schützende Randvegetation vorhanden das Gewässer zu flach oder nicht vielfältig genung angelegt ist.
Da nahezu jedes Gewässer von Enten angenommen wird (selbst Gartenteiche), wenn auch manches nur als Nahrungsbiotop, sollte insbesondere in den ersten Jahren nach Anlage eines Gewässere keine Ansiedlungshilfe erfolgen.
4. Verschlechtern Enten die Wasserqualität abflußloser Stillgewässer durch ihren Kot, über den Stickstoff- und Phosphorverbindungen eingetragen werden und der sauerstoffzehrend wirkt.

Nun wird manchmal zugunsten von Entenbruthilfen vorgetragen, daß hier gelegentlich auch andere gefährdete Vogelarten brüten. Dies ist jedoch die Ausnahme. Bruthilfen und eventuelle Fütterung, z.B. mit Kaff, führen zu einer Verschiebung des Artenspektrums zugunsten der Entenvögel. Ein Phänomen, welches wir auch bei der Winterfütterung und dem Nisthilfenangebot in Gärten beobachten, wo die Blaumeise zunehmend durch die Kohlmeise verdrängt wird.
Durch die Monotonisierung der Landschaft und dem Rückgang geeigneter Nistplätze kommt es auch zu Gelegeverlusten, was grundsätzlich alle Vögel betrifft. Statt jedoch durch Einzelmaßnahmen einzelnen, nicht gefährdeten Arten einseitig zu helfen (z.B. durch Entenbruthilfen), sollte man allgemein durch eine Renaturierung von Teillandschaften die Artenvielfalt insgesamt erhöhen um auch seltene Arten mitzufördern.

Gegen wildernde Hunde und Katzen müßte viel konsequenter vorgegangen werden, denn diese gefährden nicht nur Entenvögel, sondern auch viele andere Tiere. Eine Sonderbehandlung der Entenvögel ist auch angesichts dieses Problems nicht einzusehen.

W.-D. Glanz, Kiel
Umweltbüro der SPD Schleswig-Holsteins

Schleswig-Holstein braucht eine neue Landesregierung

Die CDU trägt seit 37 Jahren Regierungsverantwortung in diesem Land. Gerade in den letzten Jahren wurde immer deutlicher, daß diese lange Regierungszeit dem Land schadet.

Im gleichen Maß, in dem in der amtierenden Landesregierung Selbstzufriedenheit und Selbstherrlichkeit wuchsen, sanken die Chancen der Menschen in Schleswig-Holstein auf sichere Arbeitsplätze, saubere Umwelt und demokratische Fortentwicklung.

Statt die natürlichen Standortvorteile dieses Landes für neue und sichere Arbeitsplätze zu nutzen, wurde bewußt mit falschen Prognosen und kurzfristigen Subventionierungen auf Wahltage taktiert.

Beschwichtigungsformeln und Naturschutz-Show-Auftritte ihres Ministerpräsidenten traten an die Stelle vorsorgender Konzepte für die Wiederherstellung und den Erhalt der natürlichen Umwelt.

Statt in fairer Partnerschaft mit den Bürgerinnen und Bürgern über neue gesellschaftliche Entwicklungen und neue Gefahren der Großtechnologie – wie Atomkraftwerke – zu diskutieren, reduziert die CDU die notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf die Machtfrage zwischen Regierung und Volk.

Die CDU-Landesregierung ist zu träge geworden, um die eigenen Fehler und Versäumnisse zu erkennen, geschweige denn zu korrigieren.

Schleswig-Holstein braucht die SPD für den Wechsel:

Damit die Chancen dieses Landes endlich genutzt werden.

Damit Arbeitslosigkeit und wachsende Armut endlich gestoppt und abgebaut werden.

Damit Demokratie in diesem Land alltäglich wird.

Sozialdemokraten schaffen eine neue Mehrheit in Schleswig-Holstein.

Björn Engholm muß Ministerpräsident werden.